

**abgeschlossen am
21. November 2001**

| | <u>Seite</u> |
|---|--------------|
| 1. Congress verabschiedet Anti-Terror-Kompromiss | 1 |
| 2. Congress erhöht Sicherheit im Luftverkehr | 1 |
| 3. Haushaltsbewilligungsprozess dauert an | 2 |
| 4. Verhandlungen über Konjunkturprogramm ausgesetzt | 4 |
| 5. Repräsentantenhaus für NATO-Erweiterung | 5 |
| 6. Auslandshilfepewilligung im Vermittlungsausschuss | 6 |
| 7. Initiative zur Reform des Wahlsystems im Repräsentantenhaus | 7 |
| 8. Senatoren Kennedy und Frist drängen auf Maßnahmen gegen Bio-Terrorismus | 8 |
| 9. Wahlen in Jew Jersey, Virginia und New York | 9 |

11/2001

1. Congress verabschiedet Anti-Terror-Kompromiss

Das Repräsentantenhaus hat am 25. Oktober 2001 mit 357 gegen 66 Stimmen eine mit dem Senat ausgehandelte Kompromissversion des von *Attorney General* John Ashcroft eingebrachten Anti-Terror-Gesetzes verabschiedet. Der Senat hat der Vorlage am Folgetag mit 98 gegen 1 Stimme zugestimmt und damit den Weg für die Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Bush am 27. Oktober freigemacht.

Der schnelle Kompromiss wurde durch das Einlenken beider Kammern in den verbliebenen streitigen Fragen ermöglicht (vgl. CR 10/2001, S. 1). Das Repräsentantenhaus gab die von konservativen Republikanern geforderte Neuregelung der Geldwäschebestimmungen in einer separaten Gesetzesvorlage auf.

Der Senat übernahm demgegenüber die vom Repräsentantenhaus mit Unterstützung aus beiden Parteien vorgeschlagene Befristungs-Klausel, die allerdings von drei auf vier Jahre verlängert worden ist. Die gegen den massiven Widerstand von Präsident Bush und *Attorney General* Ashcroft eingefügte Bestimmung erfordert erneute Beratungen insbesondere über die erweiterten Abhörbefugnisse bis spätestens Ende 2005.

Ungeachtet der Abstriche an der ursprünglichen Vorlage der Administration und der Befristungsbestimmungen wandte Senator Russell Feingold (D-Wis.), der als einziges Senatsmitglied gegen die Vorlage stimmte, ein, dass das Gesetz nicht die richtige Balance zwischen Sicherheit und Bürgerrechten gefunden habe. Für die meistens demokratischen Gegenstimmen im Repräsentantenhaus hob der Abgeordnete Robert Scott (D-Va.) kritisch hervor, dass das Gesetz nicht auf die Terrorismusbekämpfung beschränkt bleibe.

Jim Sensenbrenner (R-Wisc.), der Vorsitzende des *House Judiciary Committee*, räumte ein, dass das Gesetz nicht unproblematisch sei, hielt es aber wie *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) unter den gegenwärtigen Bedingungen für einen "guten" Kompromiss.

2. Congress erhöht Sicherheit im Luftverkehr

Das Repräsentantenhaus hat am 16. November 2001 mit 410 gegen 9 Stimmen eine Kompromissvorlage zur Erhöhung der Sicherheit im Luftverkehr verabschiedet. Der Senat nahm die Vorlage am gleichen Tag in nicht-namentlicher Abstimmung an.

Die Annahme der Gesetzesvorlage wurde durch das Einlenken der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und der Administration gegenüber dem Senat möglich, der bereits Ende Oktober eine Vorlage einstimmig angenommen hatte (vgl. CR 10/2001, S. 6). Auf scharfen Widerspruch von konservativer Seite stieß dabei vor

allem die vorgesehene Übernahme des Sicherheitspersonals der Flughäfen in den Staatsdienst.

Am 1. November lehnte das Repräsentantenhaus in einer parteipolitisch polarisierten Abstimmung den Senatsentwurf mit 218 gegen 214 Stimmen ab. Die Kompromissvorlage der republikanischen Parteiführung, die dem Präsidenten die Entscheidung zwischen einer Übernahme des Sicherheitspersonals an den Flughäfen und einer verschärften Bundesaufsicht über die privaten Dienste überantwortete, wurde mit 286 gegen 139 Stimmen angenommen.

Doch die Demokraten sowie eine große Mehrheit des Senats bestanden auf der von Senator John McCain (R- Ariz.) eingebrachten Vorlage und setzten die konservativen Gegner öffentlich unter massiven Druck. Angesichts der hohen Popularität der überparteilichen Senatsvorlage wie der anstehenden Reisewelle über die *Thanksgiving*-Feiertage gaben die Administration und die republikanische Parteiführung ihren Widerstand Mitte November überraschend schnell auf.

Eine von *Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.) vorgeschlagene Kompromisslösung ermöglichte dann die rasche Annahme des Sicherheitsgesetzes. Der Kompromiss sieht vor, dass

- die ca. 28.000 Beschäftigten der Sicherheitsdienste an den Flughäfen zunächst vollständig vom Bund übernommen werden,
- allerdings nicht die üblichen Kündigungsschutzbestimmungen des öffentlichen Dienstes in den USA zur Anwendung kommen, und
- den Flughäfen in drei Jahren die Option offen steht, aus dem neuen System auszusteigen und den Sicherheitsdienst wieder zu privatisieren.

Eine begrenzte Zahl von Flughäfen soll zudem die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von Pilotprojekten mit eigenen Konzepten zu experimentieren.

Die Administration, die sich zwischenzeitlich stark für die Annahme des konservativen Entwurfs eingesetzt hatte, begrüßte den Kompromiss auf der Basis des Senatsentwurfs ohne Widerspruch. Präsident Bush hat das Gesetz am 19. November 2001 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am Ronald Reagan *National Airport* in Washington, D.C. unterzeichnet.

3. Haushaltsbewilligungsprozess dauert an

Acht Wochen nach dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. Oktober ist es dem Congress noch nicht gelungen, den Haushaltsbewilligungsprozess 2002 abzuschließen. Bisher wurden erst acht der dreizehn erforderlichen *Appropriations Bills* verabschiedet, von denen Präsident Bush

fünf mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt hat. Hierbei handelt es sich um die Bewilligungsgesetze für

- *Energy* (P.L. 107-66), *Interior* (P.L. 107-63), *Legislative Branch* (P.L. 107-68), *Military Construction* (P.L. 107-64) und *Treasury* (P.L. 107-67).

Noch nicht abgeschlossen sind hingegen die Bewilligungshaushalte 2002 für die Verteidigung, die Auslandshilfe, für Arbeit, Gesundheit und Erziehung, die Landwirtschaft und die Veteranen sowie für Handel und Justiz und den District of Columbia.

Während die Bewilligungsausschüsse ursprünglich hofften, ihre Arbeit bis Mitte November abschließen zu können, hat sich durch die neue Bedrohungslage nach den Terroranschlägen des 11. September (vgl. CR 9/2001, S. 1) der Fokus der Arbeit des Congress verschoben, so dass Fragen der äußeren und inneren Sicherheit in das Zentrum der legislativen Agenda gerückt sind (vgl. Punkt 1). Massiv beeinträchtigt wurde der gesamte Entscheidungsfindungsprozess im Congress auch durch die Milzbrand-Anschläge auf das Büro von *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) im Senat, die umfangreiche biochemische Untersuchungen, Gebäudeschließungen und Desinfektionsmaßnahmen erforderlich machten (vgl. CR 10/2001, S. 1).

Kompliziert wird der Haushaltsprozess 2002 zudem durch unterschiedliche budgetpolitische Vorstellungen zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen des 11. September. Während der Präsident zur Verbesserung der „Homeland Security“ Ausgaben von 8,3 Mrd. USD vorgeschlagen hat, die aus dem bereits verabschiedeten Nothilfepaket in Höhe von 40 Mrd. USD (P.L. 107-38) finanziert werden sollen (vgl. CR 9/2001, S. 1), drängen die Demokraten unter Führung von Robert C. Byrd (D-W.Va.), dem Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses im Senat, auf zusätzliche Ausgaben in Höhe von 20 Mrd. USD für die Landesverteidigung (*Homeland Defense*).

Präsident Bush mahnte bei den Demokraten Ende Oktober 2001 fiskalpolitische Verantwortung an, und auch Senator Byrd signalisierte zwischenzeitlich Kompromissbereitschaft. Wie weit diese gehen wird, bleibt abzuwarten. Einerseits hat sich nach den Terrorangriffen vom 11. September die Bereitschaft zur zwischenparteilichen Zusammenarbeit deutlich erhöht. Dies unterstreichen auch die von Präsident Bush ins Leben gerufenen wöchentlichen Frühstückstreffen mit *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.), *Minority Leader* Richard A. Gephardt (D-Mo.) sowie den Führern der demokratischen Mehrheits- und republikanischen Minderheitsfraktion im Senat, Tom Daschle (D-S.D.) und Trent Lott (R-Miss.). Andererseits scheint auch der Hang zur parteipolitischen Abgrenzung ungebrochen, wie die Kontroversen um ein Konjunkturprogramm (vgl. Punkt 4) deutlich machen.

Entzerrt werden könnte der Haushaltsprozess durch die Umstellung auf ein zweijähriges Bewilligungsverfahren, wofür sich das *Rules Committee* am 1. November 2001 im *Budget Responsibility and Efficiency Act* (H.R. 981) ausgesprochen hat. Allerdings gibt es gegen eine Umstellung des Haushaltszyklus auch massive

Widerstände, vor allem auf Seiten der Bewilligungsausschüsse, die eine Beschränkung ihres bis dato großen Einflusses befürchten. Eine Lesung der Gesetzesvorlage durch das Repräsentantenhaus noch in dieser Sitzungsperiode scheint daher unwahrscheinlich.

4. Verhandlungen über Konjunkturprogramm ausgesetzt

Nachdem die republikanische Minderheit im Senat die Verabschiedung eines von der demokratischen Mehrheit vorgelegten Konjunkturprogramms mit Hilfe von verfahrenstechnischen Einwänden Mitte November 2001 blockiert hat, sind die Verhandlungen über einen zwischenparteilichen Kompromiss vorläufig ausgesetzt worden.

Das Senate Finance Committee hat Anfang November eine demokratische Gegenvorlage zu der vom Repräsentantenhaus bereits im Oktober angenommenen republikanischen Version (vgl. CR 10/2001, S. 4) ausgearbeitet. Für die Vorlage stimmten die 10 demokratischen Ausschussmitglieder sowie der parteilose Senator James Jeffords (I-Vt.), dagegen die 10 republikanischen Ausschussmitglieder.

Das demokratische Maßnahmenpaket zur Stimulierung der angeschlagenen US-Konjunktur, dessen Gesamtvolumen auf 66,4 Mrd. USD veranschlagt wird, sieht insbesondere vor:

- 14,3 Mrd. USD zur Aufbesserung der Arbeitslosenversicherung,
- 12,3 Mrd. USD für die Übernahme von bis zu 75 Prozent der Kosten der Krankenversicherung für Arbeitslose,
- 14 Mrd. USD an Steuerrückzahlungen für Familien der unteren und mittleren Einkommensgruppen, die von den bisherigen Steuererleichterungen nicht oder nur in geringem Umfang profitieren konnten,
- ca. 19,4 Mrd. USD an Steuervergünstigungen für Unternehmen, unter anderem Subventionen, die Anreize für vorgezogene Investitionen bieten,
- ca. 1,8 Mrd. USD (insgesamt ca. 5,3 Mrd. bis 2011) an zusätzlichen Steuervergünstigungen für Regionen wie den Süden von New York City, die besonders durch die Terroranschläge vom 11. September betroffen sind.

Das republikanische Gegenkonzept setzt demgegenüber primär auf erneute Steuersenkungen für Unternehmen und Haushalte sowie bescheidener dimensionierte Subventionen für Programme der Einzelstaaten, die Arbeitslosen zu Gute kommen sollen. Sein Gesamtvolumen wird auf etwa 100 Mrd. USD geschätzt.

Für die Annahme der Vorlage des Finanzausschusses stimmten 51 Senatsmitglieder, 50 Demokraten sowie James Jeffords (I-Vt.), dagegen 47 Republikaner. Aufgrund des Einspruches republikanischer Senatoren, die auf eine Verletzung der Geschäftsordnung hinwiesen, wären jedoch 60 Stimmen für eine Verabschiedung notwendig gewesen.

Die Republikaner kritisierten an dem Senats-Paket, dass die Maßnahmen nicht für eine schnelle Konjunkturstimulierung geeignet seien und zu viele Vergünstigungen für die Klientel der Demokraten enthielten. Die Demokraten hatten zuvor nahezu gleichlautende Einwände gegen die Vorschläge der Republikaner vorgebracht.

Die Aufforderung von Seiten der republikanischen Parteiführung im Repräsentantenhaus an *Senate Majority Leader* Tom Daschle, einen mehrheitsfähigen Kompromiss vorzulegen, konterten die Demokraten mit dem Vorschlag, gemeinsame Gespräche zwischen Administration und den Parteiführungen im Congress einzuleiten.

Hinter dieser Variante stehen Befürchtungen der Demokraten, dass ein Senatskompromiss in dem folgenden Vermittlungsverfahren zwischen den beiden Kammern weitere Zugeständnisse erfordern würde. *Senate Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.) räumte ein, dass die demokratischen Vorbehalte durchaus nachvollziehbar seien.

Demgegenüber hat die republikanische Parteiführung im Repräsentantenhaus bisher auf ihrer Position bestanden. Vizepräsident Dick Cheney hat in einer Rede vor der US-Handelskammer Mitte November keine Kompromissignale mit Blick auf Steuersenkungen zur Konjunkturbelebung gegeben. Präsident Bush hat sich allerdings wie andere Vertreter der Administration zuletzt merklich bedeckt gehalten.

Während sich die Stimmen aus beiden Parteien mehren, die angesichts der verfahrenen Lage die Aufgabe der Bemühungen um einen Kompromiss nahe legen, könnte die Aussetzung der Verhandlungen über die *Thanksgiving*-Feiertage für eine Entspannung der zunehmend gereizten Stimmung genutzt werden. Dies könnte die Voraussetzungen für neue Verhandlungen schaffen, die beide Seiten unverändert für wünschenswert halten.

5. Repräsentantenhaus für NATO-Erweiterung

Das Repräsentantenhaus hat sich am 7. November 2001 dafür ausgesprochen, die Nordatlantische Allianz zu erweitern und

- Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei in das Militärbündnis aufzunehmen.

Die Entscheidung wurde mit 372 gegen 46 Stimmen getroffen. Für den sogenannten *Freedom Consolidation Act of 2001* stimmten 190 Republikaner und 182 Demokraten. Dagegen sprachen sich 22 Republikaner, 22 Demokraten und 2 Unabhängige aus.

Die Kammer

- betont ihre Unterstützung für eine neue Erweiterungsrunde der NATO im Jahr 2002;
- schließt sich ausdrücklich der Vision Präsident Bushs an, der sich im Juni 2001 in Warschau für die Aufnahme der neuen Demokratien Europas, vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer ausgesprochen hatte;
- verweist auf den *NATO Enlargement Facilitation Act* des Jahres 1996, in dem sich der Congress für die sofortige Aufnahme Polens, Ungarns, Tschechiens in die Nordatlantische Allianz ausgesprochen und unterstrichen hatte, dass die Erweiterung nicht auf diese Staaten begrenzt werden dürfe;
- betont, dass die Aufnahme von Staaten wie Rumänien, der Slowakei und Slowenien „einen Erfolg für Europa und die NATO“ darstellen würde;
- unterstreicht, dass keine Nation aus dem Sicherheitsbündnis „automatisch ausgeschlossen“ wird und „kein Land außerhalb der NATO“ eine Vetoposition hat - eine kaum verhohlene Warnung an die Adresse Russlands und dessen Präsidenten Putin, der sich Mitte November zu einem Gipfeltreffen mit Präsident Bush in den Vereinigten Staaten aufhielt.

Gleichzeitig sprach sich das Repräsentantenhaus für die Autorisierung von *Security Assistance* im Rahmen des *NATO Participation Act* von 1994 aus. Demnach sollen Estland 6,5 Mio., Lettland 7 Mio., Litauen 7,5 Mio., die Slowakei 8,5 Mio., Slowenien 4,5 Mio., Bulgarien 10 Mio. und Rumänien 11,5 Mio. USD an Förderhilfen erhalten.

6. Auslandshilfebewilligung im Vermittlungsausschuss

Nach dem Repräsentantenhaus, das im Juli seinen Entwurf zur Auslandshilfebewilligung 2002 verabschiedet hatte, hat am 24. Oktober 2001 auch der Senat seine *Foreign Operations Appropriations Bill* beschlossen. Insgesamt sieht die Senatsvorlage Mittelzuweisungen

- in Höhe von 15,568 Mrd. USD vor (gegenüber 15,212 Mrd. USD wie sie vom Repräsentantenhaus vorgesehen sind).

Im Vorjahr hatte der Congress 14,998 Mrd. USD für die Auslandshilfe bewilligt, und Präsident Bush hat für das Haushaltsjahr 2002 Mittelzuweisungen in Höhe von 15,227 Mrd. USD angefordert.

Der Bewilligungsgesetzesentwurf des Senats unterstreicht, dass die Kammer trotz der Terrorangriffe des 11. September und der daraus resultierenden Veränderung der Sicherheitslage keine grundsätzlichen Änderungen in der Auslandshilfepolitik der Vereinigten Staaten für notwendig erachtet.

Im einzelnen sollen im Bereich *Foreign Operations Appropriations* für

- Export- und Investitionshilfen 578 Mio. USD (gegenüber 585 Mio. im Repräsentantenhaus),
- bilaterale Wirtschaftshilfe 9,714 Mrd. USD (im Vergleich zu 9,453 Mrd. im Repräsentantenhaus),
- Militärhilfe 3,889 Mrd. USD (3,827 Mrd. im Repräsentantenhaus),
- multilaterale Hilfsmaßnahmen 1,386 Mrd. USD (im Vergleich zu 1,345 Mrd. im Repräsentantenhaus)

zur Verfügung gestellt werden.

Traditionell soll dabei Israel und Ägypten mit 3 bzw. 2 Mrd. USD, wie es seit dem Friedensabkommen von Camp David 1979 gängige Praxis ist, der Löwenanteil der amerikanischen Auslandshilfeszahlungen zu Gute kommen. Umstritten ist in beiden Kammern vor allem die Kolumbien-Hilfe, die im Gegensatz zum Vorjahr (vgl. CR 9/2000, S. 8), als der Congress zusätzliche Mittel in Höhe von 1,3 Mrd. USD insbesondere zur Drogenbekämpfung bewilligte, in diesem Jahr gegenüber der Mittelanforderung von 731 Mrd. USD durch Präsident Bush gekürzt werden soll.

7. Initiative zur Reform des Wahlsystems im Repräsentantenhaus

Im Repräsentantenhaus zeichnet sich ein Kompromiss über eine zwischenparteiliche Gesetzesvorlage ab, die Bewegung in die Debatte über eine Reform des Wahlsystems vor dem Hintergrund des Auszählungsdebakels in Florida in den Präsidentschaftswahlen 2000 (vgl. CR 12/2000, S. 1) bringen könnte. *Speaker Dennis Hastert (R-Ill.)* hat Anfang November 2000 erklärt, er wolle die Vorlage, die gegenwärtig vom *House Administration Committee* beraten wird, möglicherweise noch im laufenden Jahr zur Abstimmung bringen.

Die von Steny Hoyer (D-Md.) und Robert Nye (R-Ohio), dem Vorsitzenden des House Administration Committee, vorgeschlagene Reforminitiative (*Help America Vote Act*) wird bisher von ca. 40 Demokraten und 20 Republikanern unterstützt. Sie kommt mit der vorgesehenen Flexibilität in der Umsetzung der Reformen durch die Einzelstaaten republikanischen Vorstellungen entgegen und sieht insbesondere vor, dass

- der Bund bis 2004 den Einzelstaaten ca. 2,25 Mrd. USD zur Umsetzung der vorgeschlagenen Registrierungs-, Auszählungs- und Kontrollverbesserungen zur Verfügung stellt;
- der Bund zusätzlich die Ausmusterung von Lochkarten-Maschinen, die für zahlreiche falsche oder fragliche Stimmabgaben verantwortlich gemacht werden, mit 400 Mio. USD subventioniert;
- die Einzelstaaten zentrale Datenbanken für die Wählerregistrierung einrichten;
- die Einzelstaaten einheitliche Standards für die Stimmauszählung ausarbeiten;
- Vorkehrungen für eine provisorische Stimmabgabe von Wählern getroffen werden, deren Registrierungsstatus nicht geklärt ist;
- Wähler die Möglichkeit erhalten, ihre Stimmabgabe auf einfache Weise zu korrigieren, um Doppel- und Fehlstimmgaben zu vermeiden.

Nye und Hoyer betonen vor allem, dass es sich bei den Vorgaben um 'minimum standards' und nicht um 'federal mandates' handele, um eine breite Unterstützung der Reform von Seiten der Republikanischen Partei zu gewährleisten, die einer vom Bund betriebenen Regulierung skeptisch gegenüber stehen. Genau hieran setzt jedoch die Kritik von Demokraten und Bürgerrechts-Organisationen an.

John Conyers Jr. (D-Mich), der führende Vertreter der demokratischen Minderheit im *House Judiciary Committee*, hat für die Befürworter weitergehender Reformen die Nye-Hoyer-Vorlage scharf kritisiert. Conyers hat zusammen mit Senator Christopher J. Dodd (D-Conn.) einen Alternativvorschlag (H.R. 1170 / S. 565, *Equal Protection of Voting Rights Act*) vorgelegt, der striktere und verbindliche Auflagen zur Verbesserung des Wahlverfahrens vorsieht.

Steny Hoyer hat in Reaktion auf die Kritik hervorgehoben, dass eine Verabschiedung der Nye-Hoyer Bill durch das Repräsentantenhaus und der Conyer-Dodd Bill durch den Senat die Tür für weitere Fortschritte in den Verhandlungen der dringend benötigten Reformen öffnen könnte.

8. Senatoren Kennedy und Frist drängen auf Maßnahmen gegen Bio-Terrorismus

Im Senat haben sich Edward Kennedy (D-Mass.), der Vorsitzende des *Health, Education, Labor and Pensions Committee*, und der Republikaner Bill Frist (R-Tenn.) für verstärkte Maßnahmen zur Abwehr des Bio-Terrorismus ausgesprochen. Beide plädieren für verstärkte Lebensmittelkontrollen sowie den Ausbau der nationalen Impfstoffreserven und Depots für Antibiotika. Dafür möchte Senator Kennedy bis zu

10 Mrd. USD bereitgestellt wissen, hat allerdings signalisiert, dass in einem ersten Schritt auch ein Vorsorgepaket in Höhe von 3,4 Mrd. USD reichen könnte.

Die Initiative Kennedys und Frists wird von der *American Hospital Association* begrüßt, die allerdings davon ausgeht, dass für die Ausbildung und Ausrüstung von Gesundheitszentren gegen bio-terroristische Anschläge Mittel in Höhe von 11 Mrd. USD erforderlich wären.

Obwohl die Initiative Kennedys und Frists sich deutlich unter diesen Anforderungen bewegt und für den Krankenhausbereich in einem ersten Schritt nur Mittel in Höhe von 300 bis 385 Mio. USD vorsieht, wird sie von fiskalkonservativen Republikanern als unverantwortliche Haushaltspolitik kritisiert. Demgegenüber erklärte *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) im Senat: „Ich denke nicht, dass sich die Leute sicher fühlen, und ich denke, dass sie auch einen Grund dafür haben, sich nicht sicher zu fühlen.“ Daschle spielte damit auf die Welle von Milzbrandanschlägen an, die seit Oktober nicht nur in Washington, D.C., sondern im ganzen Land ein tiefes Gefühl der Verwundbarkeit gegenüber biologischen und chemischen Terroranschlägen erzeugt haben.

9. Wahlen in New Jersey, Virginia und New York

In den Wahlen in New Jersey und Virginia am 6. November 2001 konnten die demokratischen Kandidaten, Jim McGreevy und Mark R. Warner, die Gouverneursämter der beiden Bundesstaaten für ihre Partei zurückgewinnen. In den Bürgermeister-Wahlen in New York City hat sich überraschend der republikanische Kandidat, der Medien-Mogul Michael R. Bloomberg, gegen den demokratischen Favoriten, Mark Green, durchgesetzt.

Politische Beobachter wie die Parteien haben die Wählkämpfe in den drei Ostküsten-Staaten mit hohem Interesse verfolgt, weil sie als Stimmungsbarometer für Wählerreaktionen nach den Terroranschlägen vom 11. September und den Beginn der Afghanistan-Intervention gelten. Die Wähler zeigten sich jedoch von der angespannten politischen Lage unbeeindruckt. Die Entscheidungen wurden vielmehr durch die Auseinandersetzungen um Sachfragen und parteiinterne Kontroversen auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene bestimmt.

In New Jersey siegte Jim McGreevy, der Bürgermeister von Woodbridge, gegen den Republikaner Bret Schundler mit 56 Prozent der Stimmen. Dem als farblos geltenden McGreevy halfen die offen ausgetragenen Differenzen um die Kandidatur Schunders, dem populären Bürgermeister von Jersey City, sowie das konservative Profil seines Gegners. Die Demokraten gewannen zudem die Mehrheit im Landtag (*State Assembly*) von New Jersey zurück und zogen im Senat mit den Republikanern gleich.

In Virginia setzte sich Mark Warner, ein erfolgreicher IT-Unternehmer, ebenfalls mit einem gemäßigten Wahlprogramm gegen den konservativen Mark L. Early mit 52 Prozent der Stimmen durch. Zugunsten von Warner wirkte sich auch der

Haushaltsstreit zwischen der republikanisch beherrschten Legislative von Virginia und dem amtierenden Gouverneur, James S. Gilmore III, dem Vorsitzenden des *Republican National Committee* (RNC), aus.

In dem seit den neunziger Jahren von der Republikanischen Partei kontrollierten Staat ist es den Demokraten mit Timothy M. Kaine darüber hinaus gelungen, den Posten des *Lieutenant Governor* wiederzugewinnen. Die Republikaner behaupteten allerdings mit Jerry W. Kilgore die Position des *Attorney General*, dem dritten Amt mit staatenweiter Wählerschaft, und bauten ihre Mehrheit in der Legislative aus.

In New York City errang der bekannte Medien-Unternehmer und Multimilliardär Michael Bloomberg einen Überraschungserfolg mit knapp 50 Prozent der Stimmen und einem präzedenzlosen Wahlkampfetat von über 55 Millionen USD. Bloomberg profitierte von den heftigen, von Rassismuskorrekturen begleiteten Auseinandersetzungen in den demokratischen Vorwahlen zwischen Mark Green und seinem Gegenkandidaten, Fernando Ferrer. Den Durchbruch für Bloomberg, der erst im letzten Jahr von der demokratischen zur republikanischen Partei gewechselt war, brachte jedoch die öffentliche Unterstützungserklärung durch Rudy Giuliani, dem hochpopulären republikanischen Bürgermeister von New York.

Während die Demokraten die Erfolge in New Jersey und Virginia als positive Vorzeichen für die 2002 anstehenden Wahlen interpretieren, verweisen die Republikaner auf den Sieg in New York und betonen zugleich den lokalen Charakter der Entscheidungen.

Für die Demokraten, die nun 21 Gouverneure stellen (27 Republikaner, 2 unabhängige), hat sich die Ausgangsposition für die Wahlen 2002 nur leicht verbessert. Aber die Wahlerfolge deuten an, dass sie sich mit ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Themen und zentristischen Kandidaten auch unter den dramatisch veränderten Bedingungen und auf konservativem Terrain durchsetzen können.

Problematisch für die Republikaner bleibt dagegen zum einen, dass selbst die rekordverdächtigen Zustimmungsraten Präsident Bushs nicht automatisch der Partei zu Gute kommen; zum anderen, dass die Partei gegenwärtig Schwierigkeiten mit der Rekrutierung und Nominierung gemäßigt-konservativer und zentristischer Kandidaten hat.